

gemacht hätte, daß er ihn für „verbesserlich“ gehalten hätte, sondern weil er diesen Sozialismus unter der Herrschaft des dreieinigen Gottes wußte und darum Hoffnung für ihn hatte. Darum, nicht aus den Erfahrungen, die er mit ihm gemacht hatte, ist diese Hoffnung erwachsen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich würde gerne jedem von Ihnen noch einmal eine Möglichkeit geben zu reagieren. Sie haben jetzt alle fünf geredet, und ich könnte mir vorstellen, daß dieser oder jener, wenn es irgend geht, knapp, aber ruhig provokatorisch sagt: „Hier muß ich widersprechen“ oder „Hier muß ich noch einmal ergänzen“. Ich habe schon einige Wortmeldungen hier, so daß wir dann das Gespräch eröffnen. Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte gerne etwas zu Professor Besier sagen. Sie haben gesagt, es gäbe Schlüsselereignisse und Schlüsselaussagen, die die Affinität der evangelischen Kirchen zum System des Sozialismus belegen. Ich will zuvor sagen, daß ich mich in einer ganz schwierigen Situation befinde. Wenn uns Vorwürfe in solcher Richtung gemacht werden und wir dagegen sprechen, erscheint das immer so, als wollten wir uns selbst rechtfertigen, als seien wir zu verstockt, um zuzugeben, was wir falsch gemacht haben. Im Grunde genommen wäre immer die gefälligste Antwort: „Ja, du hast recht.“ Aber das kann ich nicht. In der Sache muß Klarheit herrschen. Nun ist ganz gewiß die Beurteilung von Schlüsselereignissen oder -aussagen eine subjektive Sache. Jeder hat auch das Recht, diese Wertungen zu setzen. Nur steht dem folgendes entgegen: Wir haben in der gesamten Zeit der organisatorischen Trennung von EKD und Bund der Evangelischen Kirchen zwei Gremien gehabt, die von beiden Seiten in engster Weise paritätisch besetzt beraten haben. Das war die Beratergruppe, die sehr geheim gearbeitet hat. Ich habe übrigens immer nur Kurzprotokolle verfertigt, die auch nie von der Beratergruppe bestätigt wurden, sondern das hat immer der Sekretär gemacht, der dabei gewesen ist. Das war die Konsultationsgruppe, in der jede Landeskirche Ost und West möglichst durch eine Person vertreten war. Ich war in beiden Gremien. Ich habe nicht ein einziges Mal erlebt, daß der Eindruck entstanden sein könnte, es werde von den Brüdern aus der DDR, den Brüdern in der Bundesrepublik abverlangt, einen anderen Weg zu gehen, einen Weg, der unserem angeglichen wäre. Ich erinnere mich noch sehr genau an die leidenschaftliche Debatte um die Frage, ob es eine eigene DDR-Nationalität gäbe. Wir hatten damals einen Staatsrechtler aus der Bundesrepublik, der uns einen Vortrag darüber gehalten hat. Da war uns völlig klar, daß jeder seinen eigenen Weg gehen mußte und vor den anderen zu verantworten hatte. Wir waren auf der DDR-Seite durchaus nicht für die DDR-Nationalität. Aber das war unter uns ein ungeschriebenes Gesetz. Jeder achtet die Meinung des anderen, wir reden offen darüber, aber wir erkannten an, daß jede Kirche in einer anderen gesellschaftlichen Formation

lebte und sich dort zu bewähren hatte. Da habe ich immer nur eine wirklich faire Brüderlichkeit erlebt. Das sage ich, um „Schlüsselereignisse“ mit einem Fragezeichen zu versehen.

Der zweite Punkt. Ich bin in meinem Leben immer geprägt durch meine lange Zeit als Gemeindepfarrer und durch die Gemeinden, denen ich gedient habe. Dort habe ich Menschen erlebt und weiß daher, daß unsere Kirche doch nicht aus leidenschaftlichen Bekennern bestand. Übrigens auch nicht die Kirchen in der Bundesrepublik. Das waren ganz normale Leute, die durch Traditionen in die Kirche hineingewachsen sind und die plötzlich vor der Frage standen, sich in ihrem sozialistischen System, in ihrem Kollektiv, vor den Arbeitskollegen, dafür verantworten zu müssen, daß sie einer Kirche angehören. Die waren hilflos – noch und noch. Die brauchten von uns zumindest den Nachweis: Die Kirche ist nicht, wie die SED behauptet, der verlängerte Arm der NATO oder der Bundesrepublik, sondern sie geht einen Weg, indem sie den Menschen in diesem gesellschaftlichen System ernstnimmt und zeigen will, daß sie die Menschen mit ihren besonderen Nöten und Anfechtungen, die von den Arbeitern und Angestellten viel intensiver durchlebt worden sind als von uns, nahe sein will und sie nicht allein lassen will. Auch das war ein Grund, so zu reden und die Formel „Kirche im Sozialismus“ nicht sofort zu beseitigen. Danke sehr.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Besier.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Ich habe versucht, Herr Bischof, Beobachtungen aus kirchlichen Quellen vorsichtig wiederzugeben. Ich nehme an, die Protokolle der sog. Konsultationsgruppe werden veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte, der Friedensfrage, der Haltung zum Sozialismus und der deutschen Zweistaatlichkeit hat es in der Tat ausweislich der Protokolle, vielleicht geben diese ja die Diskussion verkürzt, solche Schlüsselszenen gegeben, wonach man ihnen energisch widersprochen hat. Dann sind solche Sätze, auch noch Ärgeres, gefallen wie: „Wenn ihr das so sagt, wenn ihr darauf beharrt, dann entsteht bei uns der Eindruck der Gleichschaltung.“ Dies kann ich nur so wiedergeben. Das ist eine Beschreibung dessen, was sich in den Protokollen findet. Wichtig zu bemerken ist vielleicht noch, daß die Formel „Kirche im Sozialismus“, auf die ich als Formel ja gar nicht eingehen wollte, jedenfalls auf Seiten der Religionspolitiker der SED ganz klare Erwartungen geweckt hat. Man hat nämlich von einer inhaltlichen Ausfüllung dieser Formel geredet und sie als eine dynamische Wachstums-Formel verstanden. Und ein Religionspolitiker wie Gerhard Lewerenz (Dresden) formulierte: „Es ist sicher richtig, daß die Kirchen diese Formel noch nicht weit genug interpretiert haben, aber die Tatsache, daß es sie gibt, gibt uns die Möglichkeit, immer wieder zu insistieren: Was meint ihr denn nun eigentlich?“ Man war also seitens der SED der

Überzeugung, man könne Schritt für Schritt eine inhaltliche Ausgestaltung vorantreiben.

Ein Satz noch zur Frage der Auseinanderentwicklung der beiden Kirchen, der Kirchen im westlichen und östlichen Deutschland. Es gibt eine große Zahl zeitgenössischer schriftlicher Zeugnisse, die belegen, daß im östlichen Deutschland jedenfalls ein Teil dessen, was an Propaganda über den Westen veröffentlicht wurde, vielleicht auch die Handlungsweisen westlicher kirchenleitender Persönlichkeiten, so etwas wie eine weltanschauliche Distanzierungsbewegung von der satten Westkirche und der Bundesrepublik hat eintreten lassen. Es hat eine Reihe kirchenleitender Persönlichkeiten gegeben, die etwa seit Mitte der sechziger Jahre, als genaueren Einschnitt könnte man wohl die „Betheler Beschlüsse“ von 1963 benennen, gesagt haben: „Wir müssen einen eigenen Weg gehen, einen unabhängigen Weg, die EKD majorisiert uns und sie hindert uns, den für uns in dieser Gesellschaft nötigen Weg zu gehen.“ Das Stichdatum für diese Entwicklung war nicht erst die neue DDR-Verfassung von 1968.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich habe schon sieben Wortmeldungen. Bitte erst Herr Steinlein und dann Herr Schröder.

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Ganz kurz. Es hatten viele Gemeindeglieder doch eine Art Enttäuschung empfunden, als es zur Trennung der beiden Kirchenkörper gekommen ist. Ich habe noch die Stellungnahme eines Mannes aus unserer Gemeinde in Erinnerung, der sagte: „Sie haben uns damals Vorwürfe gemacht, als wir unser Kind zur Jugendweihe geschickt haben und haben gesagt, man müsse um des Glaubens willen auch Konsequenzen auf sich nehmen. Das ist mir sehr zu Herzen gegangen. Aber jetzt, wo es um die Organisation der Kirche und um die Sicherstellung ihrer Arbeit geht, da denkt man genauso, wie wir in der Jugendweihefrage gedacht haben.“ Ich gebe nur wieder, was der Mann gesagt hat. Und ich habe auch immer noch im Ohr, was bei der EKU, der Kirche der Union, wo man ja auch die Trennung verlangt hat, zu der selben Fragestellung gesagt worden ist. Da hieß es: „Auch wenn wir räumlich nicht mehr zusammenkommen können, ist die Trennung eben etwas Erzwungenes und uns Auferlegtes. Aber wir wollen nicht durch korrespondierendes Handeln unsererseits den Eindruck erwecken, als ob wir das gutheißen und als richtig empfinden.“ Das muß man dabei im Blick haben. Im übrigen möchte ich nichts kritisch sagen zu dem, was meine beiden Bischöfe hier neben mir gesagt haben. Nein, ich möchte deshalb nichts sagen, weil es persönliche Zeugnisse gewesen sind, die zu respektieren sind. (Beifall)

Und es ist gut, daß Sie sehen, daß es sich hier um ein vielschichtiges Problem handelt, mit dem man nicht mit ein paar Sätzen fertig werden kann.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke schön. Richard Schröder.

Prof. Dr. Richard Schröder: Es ist ganz richtig, daß die staatlichen Stellen, das kann man auch dokumentieren, hohe Erwartungen an diese Formel gehabt haben. Aber man kann auch aus den staatlichen Akten, und ich beziehe mich da auf die des Staatssekretariats, sehen, wie weit im Staatssekretariat die Situation analysiert und Mitte der achtziger Jahre in einem Jahresbericht resümiert wurde. Die Kirchen hatten sich mit der Existenz des Sozialismus abgefunden, was noch nicht heißt, daß sie Mitte der achtziger Jahre für den Sozialismus waren. Und dann wird gesagt, die Formel „Kirche im Sozialismus“ sei es eigentlich nicht, womit man sich zufriedengebe. Man möchte eigentlich eine Formel, wie sie im Grundgesetz der ungarischen reformierten Kirchen stehe, „in Anerkennung der legitimen Ordnung des sozialistischen Staates“. Da gibt das Staatssekretariat zu erkennen, daß die Formel „Kirche im Sozialismus“ seinen politischen Erwartungen überhaupt noch nicht entspricht, sondern es nur einen ersten Schritt darin sieht, und daß selbst den die Kirche noch nicht gut genug geht. So haben die das beurteilt. Das kann ich Ihnen alles schriftlich liefern.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt rufe ich noch einmal Wortmeldungen auf, damit wir die Liste vervollständigen können. Dann ist jetzt Herr Weisskirchen dran. Bruder Hamel, ich habe Sie nicht übersehen. Jetzt wollen wir erst einmal die Mitglieder der Enquete-Kommission hören: Weisskirchen, Wilke, Meckel, von Renesse, Weber. Prof. Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Erstens eine Bemerkung: Ich finde, wenn man jetzt beurteilt, was wir schon alles in der Enquete-Kommission gemacht und erlebt haben, daß diese Auseinandersetzung die schonungsloseste und ehrlichste ist, die in dieser Enquete-Kommission bisher stattgefunden hat. (Beifall) Das heißt nämlich, daß die Kirche sich überhaupt nicht zu verstecken braucht. Nicht nur deswegen, weil sie hier ganz offen mit sich selbst umgeht, wie sie es auch schon vorher getan hat, sondern man muß es auch einmal ins Verhältnis setzen zu dem, was die Politik bisher gezeigt hat oder diejenigen, die als politische Zeitzeugen von uns gehört worden sind. Da war die gleiche Form und die gleiche Härte der Selbstkritik nicht zu hören. Hier ist sie deutlich. Und ich finde, das sollte auch gesagt werden. Die Kirche braucht sich deswegen vor sich selbst nicht zu verstecken und braucht auch keine Sorge zu haben, sie könnte sich hier bloßlegen. Gerade in dem, was hier geschieht, wird ein Stück Aufarbeitung der Vergangenheit, auch der schrecklichen Vergangenheit, in einer wirklich fast, das darf man so sagen, schon klassischen Form geleistet, anders, als die Politik das bisher getan hat.

Zweitens: Ich bin auch nicht dafür, daß man dem Verrat der Intellektuellen, Julien Benda, in Auseinandersetzung mit dem Stalinismus nun einen zusätzlichen Verrat hinzufügen muß, und ich sage das einmal für mich selbst, wenn man so will, wie Schillers Marquis de Posa: „Ich vergesse und dementiere den

Traum meiner Jugend nicht.“ Ich bin sehr wohl ein Anhänger des Sozialismus. Nicht des totalitären, sondern des demokratischen. Und hier sollte dem ersten Verrat ein zweiter nicht hinzugefügt werden. Man kann schließlich auch so interpretieren, daß „Kirche im Sozialismus“ nicht heißen muß „Kirche im totalitären Sozialismus“ oder „als Affinität zum totalitären Sozialismus“. Da kann es auch noch etwas anderes geben. Nun meine Frage, die sich an Sie, Herr Besier, richtet. Ich erinnere an die Potsdamer Bundessynode, die „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ hieß. Erwinnere ich mich richtig, Herr Besier? Wo können Sie an dieser Stelle behaupten, das wäre eine Affinität zur damaligen DDR? Das ist ein vollständiger Bruch dessen, was in der damaligen DDR gedacht, militärisch geplant und überlegt war, und es ist übrigens auch ein klarer Bruch gegenüber dem, was im Westen von der politischen Seite her interpretiert worden ist. Auch hier kann ich nicht sehen, wo in irgendeiner Weise eine Affinität zu einem politischen System stattfindet. Nein, das ist die Absage an das militärische System. Das war sehr mutig. Das hat keine Kirche des Westens gemacht. Und es war sehr mutig, es besonders hier in der DDR zu machen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Die Reformierten haben es auch jeweils zum Teil gemacht. Ich meinte das Reformierte Moderamen. Professor Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich werde mich auf zwei Beispiele beziehen, die ich aus den Akten kenne. Ich will dann noch ein Beispiel erzählen, das mich beim Aktenstudium sehr bewegt hat. Das betrifft Bischof Werner Krusche. Meine Aktenkenntnisse sind in der Regel die der Abteilung Kirchenfragen beim ZK der SED bzw. die des Politbüros.

1. Friedensfrage: Das paßt als Kontrapunkt ganz gut zu dem, was Gert Weiskirchen eben ausgeführt hat. 1980 hatten am Buß- und Betttag der Bund und die EKD ein gemeinsames Friedensgeläut vor. Zu diesem Zweck wurden Bischof Schönherr und, ich glaube, Stolpe war noch dabei, zu Gysi einbestellt. Gysi hat in schroffer Weise deutlich gemacht, daß dieses zu unterbleiben habe. Nach dem Protokoll der SED haben die kirchlichen Amtsträger zugestimmt, daß das nicht stattfindet. Weiterhin wurde in schroffer Weise deutlich gemacht, daß sie Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik seien und daß auch für sie die Strafgesetze gelten – die Gesetze, Strafgesetze hat er nicht ausgesprochen – und daß es nicht geduldet werde, wenn gegen die sowjetische Rüstung Stellung genommen werde. Das sei Antisowjetismus und der sei strafbar. Daraufhin hat Gysi Schönherr besonders ermahnt und Schönherr hat auf der Tutzinger Rede, die er als sein Testament angesehen hat, genau den von Gysi geforderten Schuldspruch über die westliche Hochrüstungspolitik getan und ist daraufhin belobigt worden. Soweit Aktenstand 1.
2. Herr Bischof Leich, ich habe im Herbst 1989 in Berlin den Prozeß der

Implosion sehr genau verfolgt. Ich denke, es wird im nachhinein immer klarer, daß wir doch vor der Implosion einer Gesellschaft stehen, obwohl ich es meinen Freunden von der Bürgerbewegung gerne gönnen würde, von einer Revolution im politisch aktiven Wortsinn zu sprechen. Mittlerweile habe ich auch das Protokoll Ihres Gesprächs mit Krenz gelesen. Sie haben sich in diesem Gespräch unter anderem, Sie haben ja vorhin auch den Aufruf „Für unser Land“ angesprochen, auf die Reform des Sozialismus bezogen. Noch war das Ende der DDR nicht absehbar. Das würde ich aus Ihrer Perspektive noch hinzufügen. In dem Protokoll wird eines ganz deutlich: Daß Sie damals mit Vehemenz für die Reform der Zustände in der DDR eingetreten sind. Aber da es hier auch um die Frage des Zusammenhalts der Nation ging – für mich ist dies immer eine zentral wichtige Frage gewesen und bis heute geblieben –, gab es auch einen Kirchenvertreter in dieser Runde, der Krenz zugesagt hat, daß er seine Beziehungen in Bonn nutzen werde, um sicherzustellen, daß die Frage der Staatsbürgerschaft geklärt werde und damit das – ich glaube, ich zitiere es sinngemäß richtig – Wiedervereinigungsgequatsche im Westen. Trotz dieser Perspektive, wo gewissermaßen nicht mehr die von Steinlein und Ihnen ja hinlänglich klar beschriebene Notsituation vorlag, sondern wo es sozusagen eine Öffnung hin zu der Neuordnung der deutschen Dinge gab, bleibt die Kirche auf der Linie eines reformierten Sozialismus. Ich hätte ganz gerne, daß Sie Ihre persönliche Stellungnahme dazu hier der Kommission noch einmal zu Protokoll geben.

3. Ich möchte die Anwesenheit von Bischof Krusche gerne „ausnutzen“. Wir, meine Kollegen und ich, haben uns für den Stolpe-Untersuchungsausschuß unter anderem das Gespräch von 1978 aus den Akten der SED sehr genau angesehen, und wir haben es auch dem Untersuchungsausschuß übergeben. Ich habe bei der Lektüre dieser Akten, Herr Krusche, sehr oft an Sie denken müssen, obwohl ich Sie heute zum ersten Mal sehe, denn es ist ein bedrückendes Stück, und Sie spielen darin schon eine sehr große Rolle. Sie sind auch 1978 seitens der SED klar positioniert. Sie sind alles andere als ein Anpasser in den SED-Akten. Sie werden als Feind klassifiziert. Aber es geht auch darum, diesen Feind im Sinne der SED, entschuldigen Sie diesen Ausdruck von denen, umzudrehen. Darum geht es bei diesen Gesprächen auch, und ich würde es begrüßen, Sie würden sich vom Untersuchungsausschuß in Brandenburg diesen Band besorgen und sich ansehen, wie das gelaufen ist. In den Gesprächen über „Kirche und Sozialismus“ ist auch noch offen, was Sie heute abend angesprochen haben, daß das Verhältnis nicht schlechthin nur zum Staat oder nur zum MfS war, sondern auch zur SED. Die Verhandlungen des Bundes zur Vorbereitung des Gesprächs vom 6. März laufen zwischen dem BEK-Sekretariat und der Abteilung Kirchenfragen beim ZK. Der

Staatssekretär hat dabei überhaupt nichts mehr zu tun. Hier gibt es auch eine sehr eindrucksvolle Illustration des Zusammenspiels der Apparate von SED-Kirchenabteilung und MfS. Das MfS taucht zweimal in diesem ganzen Papier auf. Einmal, um die kirchlichen Rededispositionen und Verhandlungspositionen zu besorgen, und das MfS berät – das ist für mich das bedrückende, Herr Krusche – ganz ausführlich, was die SED tun muß, um Krusche zu beeindrucken und umzudrehen. Dieses wird mit Hilfe von kirchlichen Amtsbrüdern ins Werk gesetzt. Ich denke mir, daß diese Art der Inszenierung eines Gesprächs auf der SED-Seite eine Sache ist, von der die Kirche allen Grund hat, sie zu prüfen. Als letzten Satz: Im Vorfeld wurde, weil Neubert das angesprochen hat, schon die Frage geklärt, ob man zum Erziehungswesen etwas sagen darf. Da hat die SED der Kirche klar und deutlich gesagt: „Wenn ihr auf diesem Punkt besteht, wird es kein Gespräch geben“ – und die Kirche hat verzichtet. Danke.

[Zwischenruf eines Zuhörers]

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Betrachten wir das als einen Zwischenruf. Vielleicht wäre es ganz wichtig, wenn Sie sich nachher noch einmal mit Herrn Wilke zusammensetzen, der hat sehr intensive Arbeit geleistet, so daß Ihre berechtigte Erregung noch einmal ein Gespräch nach sich zieht. Ich vermittele nachher gerne, so daß wir das danach noch einmal zustandebringen. Ich danke Ihnen aber auch für den Zwischenruf. Jetzt bitte Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Ich glaube nicht, zu denen zu gehören, die alles, was die DDR-Kirchen getan haben, für richtig halten. Ich habe mich auch damals schon mit manchen Fragen kritisch auseinandergesetzt. Trotzdem erscheint es mir manchmal schwierig, in welcher Weise und in welchem Tonfall hier Fragen gestellt werden. Ich will das erst einmal nur so feststellen. Ich würde an Richard Schröder die Bitte richten, daß er uns die von ihm erwähnten Papiere des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ aus dem Jahr 1973, die damals versucht haben, das Verhältnis zum Staat darzustellen, zur Verfügung stellt. Sie sollten dann als Anlage ans Protokoll geheftet werden.

Ein zweites: Ich habe den Eindruck, als würde man manchmal wieder einige alte ideologische Debatten führen und sie am Begriff Sozialismus festmachen. Man versucht dann auf der einen oder anderen Seite, ihn zu verteidigen oder draufzuschlagen. Was zu diesem Begriff „Kirche im Sozialismus“ zu sagen war, ist hier schon recht plastisch dargestellt worden. Mein Eindruck ist trotz mancher Kritik, die wir an diesem Begriff schon in der Vergangenheit hatten, daß dies nicht die eigentliche Konfliktlinie in der Kirche war. Wir hatten ganz andere Konflikte, in denen wir uns auseinandersetzten. Herr Besier, dazu gehört wahrhaftig die Friedensfrage. Daß es die Friedensfrage war, auf deren Hintergrund dann auch eine DDR-Opposition entstanden ist, sollte zu denken geben. Wenn zwei in einem bestimmten Punkt – der Ablehnung

der Nachrüstung – das gleiche sagen, es ist noch lange nicht dasselbe. Die Auseinandersetzungen hatten einen sehr viel umfassenderen Horizont, den Gert Weisskirchen schon angesprochen hat.

Ein zweiter Punkt. Nehmen wir die Wehrdienstfrage. Die Konflikte liefen doch innerhalb der Kirche, wie z. B. die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung als ein deutlicheres Friedenszeichen. Ob dies von uns als Kirche zu sagen ist oder nicht, das war ein Konfliktpunkt, um den es dann ging, weil dies natürlich etwas war, was der Staat nicht allzugern sehe, aber auch in westlichen Ländern nicht unbedingt als das richtige angesehen worden wäre. Nehmen wir die Fragen der Ökologie, wo es dann in solchen Problembereichen weltweiter Verantwortung Konflikte gab, die natürlich auch mit Menschenrechten zu tun hatten oder mit der Verflochtenheit auch der DDR in diese Weltsituation. Das waren Fragen, über die wir uns auseinandergesetzt haben und bei denen die Frage war: Wie offen oder wie verhalten wird dies gesagt? Und das war bis in die Kirchenleitungen hinein heftig umstritten. Wenn ich einmal erwähnen darf, wer hier ganz profilierte Position bezogen hat: Das waren Leute aus der CDU und der CFK. Also, bei den CDU-Pfarrern war alles klar. Die haben solche Konflikte nicht führen müssen, weil feststand, daß die SED-Positionen vertreten werden. Das war aber in der Kirche allen bekannt. Wenn es dann um konkrete Basisaktivitäten ging, gab es natürlich öfter die kritische Frage an die Kirchenleitungen, wie sie damit umgegangen sind. Dazu gab es öffentlichen Protest. Ich denke an einen Fall in Thüringen, an Pfarrer Reinhard Weidner. Dazu würde ich dann noch ganz gerne von Ihnen, Herr Leich, eine Position hören – Weidner war Pfarrer, der sich hier sehr engagiert hatte und von der Stasi wirklich kaputtgemacht worden ist. Er wurde nach meinem Eindruck dann auch von der Kirche ziemlich verlassen. Er hat bis heute große Schwierigkeiten in der Ost- und der Westkirche. Solcherart waren die Fragen, mit denen wir uns auseinanderzusetzen hatten und wo ich denke, daß wir manches auch noch miteinander besprechen und aufarbeiten müssen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Frau von Renesse.

Abg. Frau von Renesse (SPD): Ich habe seit geraumer Zeit ein Problem mit der Diskussion um die und mit der Kirche, wobei ich den Professor der Theologie, Herrn Schröder, bitten würde, mir da vielleicht zu helfen. Manches klang bei den Statements der an diesem Podium Beteiligten schon ein bißchen an. Mein Problem ist, in welcher Eigenschaft ich welche Kritik äußern und welche Maßstäbe verwenden kann. Wenn ich mich als Mitglied meiner Kirche, als Kirchensteuerzahlerin, mit der Kirche auseinandersetze – auch mit meiner inzwischen gesamtdeutschen evangelischen Kirche, wenn wir auch nur Landeskirchen haben, aber immerhin eine EKD –, inwieweit das erste Gebot möglicherweise außer acht gelassen ist, dann kommt mir

das zu. Kommt mir das auch als Mitglied der Enquete-Kommission, als Steuerzahlerin, zu? Ich frage mich, ob ich das Benutzen schillernder Formeln in einer Art Kirchendiplomatie, die möglicherweise etwas mit diesem ersten Gebot oder seinem Außerachtlassen zu tun hat, in meiner Eigenschaft als Kirchensteuerzahlerin kritisieren kann. Kann ich es als Mitglied dieser Enquete-Kommission kritisieren? Wobei wir durchaus alle wissen, daß die Mißverständlichkeit solch schillernder Formeln im Osten, wenn sie auch noch in die Theologie eingeflossen sind, wahrscheinlich problematischer war, als das im Westen der Fall gewesen ist. Ein Mißverständnis über die Nötigung, die dem zugrunde lag, ist mir jedenfalls bei der Diskussion um diesen Begriff nicht begegnet. Aber ich erinnere mich noch an die Drucksituation derer, die im Osten waren, an die Scharen von Studenten in meiner Studentengemeinde Ende der fünfziger Jahre, die aus Leipzig oder Jena kamen, und alle, wie sie kamen, Gefängniserfahrung hinter sich hatten. Ich erinnere mich an die Vorstellung, die mich damals mit vielen anderen beherrschte, daß wir im Westen das Gefühl hatten, wenn wir ihnen einen Rat gegeben hätten, hätten sie gesagt: Ihr habt gut reden, wenn ihr von Mut und Märtyrertum sprecht, die euch nie betroffen haben. Ich denke, daß die Frage, in welcher Eigenschaft ich Kritik üben kann, für mich wirklich ein Problem sein kann, ob ich es hier tue oder in meiner Gemeinde oder bei einer Synode, und welche Maßstäbe dann anzusetzen sind. Wir haben hier in der Enquete-Kommission ein Thema, nämlich die Folgen und die Geschichte des SED-Unrechts. Wir haben das Recht, den Einfluß der SED und der Stasi auf die Kirche zu untersuchen. Haben wir auch das Recht und die Pflicht, mögliches Versagen von Kirche gegenüber SED und Stasi zu untersuchen und zu kritisieren? Wenn ja, mit welcher Legitimation? Vorhin hat Herr Neubert gesagt, daß Kirche eine besondere Funktion in ihrem Staat hätte. Sie hat sie im Westen immer gehabt, grundrechtlich positioniert. Sie hatte sie meines Wissens im Osten nicht. Sie war groß. Sie war wichtig. Sie war nicht ein beliebiger Kaninchenzüchterverein, kein Zweifel. Aber welche Maßstäbe zählen und gelten, und welche würden Sie uns zugestehen in welcher Eigenschaft?

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke sehr. Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich glaube schon, daß die Enquete-Kommission sich nicht zu Unrecht mit dieser Frage beschäftigt, eben weil die Kirche die einzig autonome Institution in diesem System war. Es ist schon ganz wichtig, sich dann zu fragen, wo diese Autonomie gefährdet war. Was gab es für innere Probleme bei einer solchen Autonomie? Ich möchte hier auch persönlich als jemand, der der Kirche sehr fern steht, sagen, daß mich dieser Tag beeindruckt hat, weil ich unter Aufarbeitung von Geschichte genau das verstehen möchte, was hier heute geschehen ist. (Beifall)

Ganz im Sinne von Gert Weisskirchen fand ich diesen Tag als eine der

besten Anhörungen, die wir bisher hatten, weil hier wirklich um die Probleme gerungen wird, und die Leute sich nicht immer nur auf andere beziehen, sondern Verantwortlichkeiten benennen. In dem Zusammenhang wollte ich nur einen Hinweis und eine Frage bringen. Der Hinweis ist folgender: Wir vergessen manchmal, daß niemand bis kurz vor dem Ende der DDR gewußt hat, daß dieses System zusammenbricht. Das heißt also, daß diejenigen, die Verantwortung für diese Kirche getragen haben, doch davon ausgehen mußten, daß sie über einen längeren Zeitraum hinweg in der DDR Politik machen. Danach mußten sie sich richten. Ich werde immer etwas unruhig, wenn wir heute so viele Leute haben, die schon sehr lange wußten, daß in Kürze die DDR zusammenbricht. (Beifall)

Ich darf dazu eine kleine Anekdote bringen. Ich bin von Mannheim gestern nach Erfurt gefahren und habe gesehen, daß die Strecke von Bebra bis zur früheren DDR-Grenze noch am schlimmsten aussieht. Wenn wir gewußt hätten, daß irgendwann die Vereinigung so rasch kommt, dann hätte die Bundesbahn damals längst auch dieses Stück reparieren können. (Heiterkeit und Beifall)

Dies nur als Anmerkung. Meine Frage – ich habe es heute früh schon einmal versucht, ich glaube aber, hier sind vielleicht kompetentere Beobachter und Mitdiskutanten und Mitträger der Diskussion: Bischof Krusche hat darauf hingewiesen, daß auf einer Konferenz vom „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen wurde. Nun kann man sagen, daß wir im Jahr 1968 die Situation in der CSSR gehabt haben, wo Ansätze eines, ich habe es immer genannt, demokratischen Kommunismus sichtbar schienen, die dann zerschlagen worden sind. Hat das in Ihren Diskussionen eine Rolle gespielt oder war es nur auf der abstrakten Ebene, wie wir das bisher gehört haben, wenn es um diesen Begriff „Kirche im Sozialismus“ ging?

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Danke schön. Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Eine Frage an die drei Herren, die Gemeindegarbeit erlebt und getragen haben. Mich interessiert – wir haben jetzt so viel von Politik gesprochen –, wie sich denn die Gemeindegarbeit in dieser Kirche in Stil und in Form entwickelt hat. Hat sie sich sehr unterschiedlich entwickelt von dem, was sich dann im Rahmen der EKD vollzogen hat? Das heißt, hat sich hier theologisch, aber auch in der praktischen Arbeit, etwas auseinanderentwickelt? Empfinden Sie das heute, oder hat sich das alles parallel weiterentwickelt?

Zweite Frage: Mich wundert es ein bißchen, daß heute der Fall Brüsewitz überhaupt nicht zur Sprache gekommen ist. Wie ist die Kirche damit umgegangen? Da sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Ich weiß nicht, Herr Bischof Krusche oder Herr Bischof Leich, wer von Ihnen mir darauf eine Antwort geben kann. Danke sehr.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Herr Hansen zum Schluß.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich komme auch noch einmal auf die Formel zurück, weil hier mehrfach in Übereinstimmung gesagt wurde, sie sei schwammig, schillernd, uneindeutig oder sonstwie gewesen. Da waren Sie sich ja im Grunde alle einig. Aber ich meine, wenn man so will, eine advokatorische Frage. Gegenfrage ist, ob nicht bei allem Schillern dieser Formel, die man dann anreichern kann – so wie Herr Weber das mit dem „verbesserlichen Sozialismus“ schon angeführt hat –, zu fragen, wäre „verbesserliche Kirche im unverbesserlichen Sozialismus“ nicht auch eine nützliche Formel gewesen im Umgang zwischen Kirche und System, Kirche und Staat, was unser Thema der Enquete-Kommission ist, das Verhältnis von Kirche und Staat. Ich habe zwei wesentliche Quintessenzen aus diesem Tag gezogen. Einerseits, wie Neubert ganz wesentlich darauf hingewiesen hat, zu sagen, der Supergau der Kirche ist, daß man zunehmend den Kontakt zur Kirche als Institution verliert, daß die am Untergehen ist, und andererseits, was Herr Steinlein gesagt hat, Kirche bedeutet zunächst und vor allem und an allererster Stelle, das erste Gebot zu beachten. In diesem Spannungsfeld zwischen den Fragen „Was hat Kirche zu leisten?“ und „Wo ist Kirche verbesserlich im unverbesserlichen Sozialismus oder im angeblich vorgeblichen Sozialismus gewesen?“ frage ich, ob die Formel, die vielleicht schillernd war, nicht doch auch nützlich gewesen ist. Nützlich vielleicht nicht im Sprachgebrauch derer, die heute abend im Podium versammelt sind, also der kirchlichen Würdenträger, aber der diplomatischen Beamten oder sonstigen Amtsträger der diplomatischen Funktionärszebene zwischen Staat und Kirche, zwischen denen, die täglich das Leben gestalten oder durchsetzen mußten, auch gegen Widerstände.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Können wir mit der Beantwortung der Fragen so vorgehen, daß wir erst Richard Schröder bitten. An ihn sind zwei Fragen gerichtet worden. Einmal die Bitte um die Papiere und zum anderen die Frage von Frau von Renesse, in welcher Eigenschaft die Enquete-Kommission hier reden kann.

Prof. Dr. Richard Schröder: Die Bitte um die Papiere wird erfüllt. Die Frage nach den Maßstäben ist interessant. Ich denke, wir, die wir selbst aus dem Raum der Kirche stammen, können Ihnen nicht antworten. Da nehmen Sie einmal nur den Maßstab derer, die da vorn sitzen und die damals agiert haben, Bürger wie alle anderen. Wir müssen uns als Kirche und als Christen gefallen lassen, daß wir an den Maßstäben gemessen werden, denen wir uns unterstellt haben. Es ist dann Ihre Sache, zu prüfen, ob etwa diese Einladung von Ihrer Seite zu heuchlerischen Urteilen mißbraucht wird, bei denen zweierlei Maß angewandt wird. Ich habe, wenn ich manche Magazine lese, den Eindruck, wir müßten die allerschlimmsten Kollaborateure in der DDR gewesen sein. Ich bekomme bloß Schwierigkeiten, dann meine eigene

Biographie richtig zu verstehen. Ich will noch einmal sagen: Wir hier vorn, ich glaube, daß ich für alle sprechen kann, werden uns hüten, Ihnen zu sagen: „Ja, beurteilen Sie unser Handeln einmal nicht nach den Maßstäben, denen wir uns selbst unterstellt haben.“ Wir sind sicher bereit, das auszuhalten, daß wir hier unter Maßstäbe gestellt werden, die man nicht bei jedermann anlegen kann, weil sie nicht jedermann für sich gelten läßt. Eine kleine Zwischenbemerkung in Ihrer Frage will ich noch zurechtstellen. Sie haben von der schillernden Formel gesprochen, die dann vielleicht auch in die Theologie eingeflossen sei. An der Stelle will ich einmal klipp und klar sagen: Das hat es nicht gegeben. Wir haben in der DDR keine sozialistische Theologie oder Theologie im Sozialismus gemacht. Nun zitiere ich das eine Papier einmal, weil es an der Stelle einen Konsens beschreibt, den sogar die SED-Genossen – offiziell jedenfalls – akzeptiert haben. Da fängt es nämlich mit dem Satz an: „Theologie und Verkündigung für die sozialistische Gesellschaft können nicht sozialistische Theologie und Verkündigung werden.“ Das hat nicht einmal die SED von uns verlangt. Deswegen ist es um so absurder, wenn hier jemand nichtsahnend denkt, es sei geleistet worden. Ich meine, ich kann von einem bestimmten Herrn Hanfried Müller etwas erzählen, den wir aber alle nicht für voll genommen haben. (Beifall)

Ob es eine nützliche Formel für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gewesen sei, die Frage war auch an mich gerichtet. Ich würde dazu sagen: Sofern damit gemeint war, daß wir den Ort, an dem wir leben, seine Probleme, Konstellationen usw. wirklich ernst nehmen und hier nicht nur untergetaucht sind, bis es sich einmal ändert, sofern dies mit der Formel gemeint war, akzeptiere ich das auch. Bloß, man hätte sich besser ohne diese Formel ausdrücken sollen, weil man falsche Erwartungen und Mißverständlichkeiten vermieden hätte. Ich gehöre auch zu denen, die gesagt haben: Wir sind hier in der DDR nicht die fünfte Kolonne von irgend etwas anderem – Sympathien zum anderen Teil Deutschlands und dem, was da politisch geschieht, stehen auf einem anderen Blatt –, wir wollen das, was wir als Christen sind, tatsächlich sein. Und diese Gesellschaft ist so, wie sie ist, es sei denn, es gelingt uns oder es geschieht dank Gottes Hilfe, daß sie sich etwas ändert oder sogar sehr ändert. Sie hat sich dann so schnell derart geändert, wie wir es nicht erwartet haben. Das hatten wir aber nicht der Dynamik in der DDR zu verdanken, sondern Gorbatschow. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Gehen wir in der Beantwortung der Fragen weiter. Bruder Besier, Sie haben von Gert Weisskirchen die Frage nach der Potsdamer Synode in Potsdam-Hermannswerder konkret bekommen, wo die Absage an Geist, Theorie und Praxis der Abgrenzung zumindest angefangen wurde, öffentlich zu diskutieren. Verabschiedet wurde sie erst 1987.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Der Abgeordnete Weisskirchen hat sein Votum

mit einem Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus begonnen, wenn ich mich recht erinnere. Dies ist besonders interessant vor dem Hintergrund der Diskussion zur Nachrüstungsdebatte, denn unter den westdeutschen Sozialdemokraten gab es im Blick auf die Abschreckungstheorie auch solche, die die Dinge – wie Helmut Schmidt – ganz anders gesehen haben. An diesem setzt die Mitteilung meiner Beobachtungen aus kirchlichen Quellen ein. Es hat in Westdeutschland auch innerhalb der Kirchen höchst unterschiedliche Meinungen über die Nachrüstungsfrage gegeben. Hier spiegelte sich eben das, was Herr Jüngel neuerdings als „Kirche im Pluralismus“ bezeichnet. Das Interessante, worüber wir nachdenken sollten, ist nun, daß es etwa nach der Synode der EKD in Worms 1983 in der schon mehrfach erwähnten Konsultationsgruppe zu einer sehr heftigen Diskussion kam. Ausgangspunkt war das kritische Votum eines westlichen Kirchenmanns über die Rede Bischof Hempels in Worms. Daraufhin erklärte ein anderer Bischof aus dem östlichen Deutschland, was er eigentlich von der EKD-Synode in Worms erwartet habe: eine Stellungnahme gegen die westliche Kreuzzugsideologie gegen den Kommunismus. Wohlbemerkt: Ein Bischof aus dem östlichen Deutschland erwartete von der EKD-Synode ein Wort gegen die Kreuzzugsideologie gegen den Kommunismus! Darauf entgegnete der Präses der EKD-Synode, es werde die ganze Zeit über die Pershing-Nachrüstung gesprochen, man müsse doch in den Blick nehmen, daß es eine Voraussetzung gegeben habe, nämlich die Aufrüstung mit SS-20-Raketen. An diesem Punkt wurde das Gespräch mit dem Satz abgebrochen, es sei eben doch deutlich, daß die Unterschiede in der Friedensfrage, jetzt zitiere ich wörtlich: „auf die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen“ seien. Das ist eine Beobachtung . . . (Zwischenruf Abg. Meckel, SPD: Der hat überhaupt nichts begriffen, der Mann.)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Gut, aber lassen wir ihn vielleicht zu Ende reden.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Nur verstehen Sie, was ich Ihnen damit mitteilen will? Es war offensichtlich so, daß trotz aller Pluralität innerhalb der EKD in einer ganz anderen Weise über das Problem geredet wurde, als Vertreter des Kirchenbundes dies taten. (Zwischenruf: Der Präses.) Der Präses für die EKD. Wir bewegen uns in dem, was ich sage, ohnehin nur auf kirchenleitender Ebene. Das ist ja implizit deutlich geworden. Und worum es noch geht. (Zwischenruf Prof. Schröder: Das ist doch persönliches Gespräch. Das ist doch Gespräch in kleiner Gruppe.)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Lassen wir doch lieber Professor Besier noch zu Ende reden.

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Es hat ja auch wenig Sinn, wenn wir jetzt hier reden „Gespräche in kleiner Gruppe“. Es sind die Repräsentanten der beiden Bünde gewesen. Die haben nicht einfach nur so geredet. Aber das

ist es eben mit dem Argumentieren. Worum es doch jetzt hier nur geht, ist, deutlich zu machen, daß es zwei unterschiedliche Positionen gegeben hat, die auf gesellschaftliche Unterschiede zurückgeführt wurden. Es gibt eine ganze Reihe solcher Szenen, die ich als Schlüsselszenen bezeichnet habe, in der es solche Gegensätze gegeben hat.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ein Zwischenruf von Prof. Schröder.

Prof. Dr. Richard Schröder: Darf ich sagen: Ich kann Ihnen an dieser Frage sagen, daß es ein Windei ist. (Beifall) Innerhalb der Diskussion in der DDR haben wir auch gesagt, daß die SS 20 doch den Anfang gemacht haben, und im Westen sagte man es vielleicht umgekehrt. Ich halte den Schwanz, der da hinten von den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen angehängt ist, für einen blöden Spruch, denn die Frage, um die es vorher ging, an der es bewiesen werden sollte, war nicht eine solche, wo sich EKD und Bund konträr gegenübergestanden hätten, und wir hätten gesagt, die SS 20 sind Friedensbringer und Pershing ist das Schlimme. Das haben wir nicht gesagt, mehrheitlich.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt wird es noch einmal lebendig, obwohl wir nur noch sieben Minuten Zeit haben. Jetzt wird noch Bischof Krusche etwas dazu sagen.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ich habe zu dieser Sache nur ganz kurz etwas zu sagen. Unsere Synode der Kirchenprovinz Sachsen hat 1982 erklärt: Es genügt nicht, daß in der DDR der Friedensbewegung in der Bundesrepublik applaudiert wird. Die war ja richtig. Sondern wir haben zu fragen: Was haben wir hier in der DDR für den Frieden zu tun? Da ist von der Synode erklärt worden – Reduzierung der SS 20 und der Panzerüberlegenheit. Nun können Sie sich vorstellen, was in den westlichen Zeitungen stand. Ich mußte daraufhin zum Staatssekretär, er sagte mir: „Herr Bischof, Sie sind wieder einmal der Held des Tages.“ Dann legte er mir eine Mappe mit vielleicht 30 Seiten von Ausschnitten aus bundesrepublikanischen Zeitungen vor, wo man den Eindruck hatte, die ganze Bundesrepublik rede nur von der „hallischen Synode“, daß wir dies gefordert haben. Und er sagte mir: „Sie müssen überlegen, wo Sie stehen wollen.“ Ich wollte nur sagen, daß an diesem Punkt eine Synode ausgesprochen hat: Einsatz für den Frieden heißt in der DDR Reduzierung der SS 20 und der Panzerüberlegenheit. Das ist ausgesprochen worden.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Krusche, ob Sie noch auf die Frage von Herrn Prof. Wilke antworten, zu dieser Buß- und Betttagsgeschichte? Da ging es nicht nur um das Friedensgeläut, sondern auch um die Sirene, die heulen sollte, und um den Aufruf zum Generalstreik.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ja, das kann ich tun. Wenn ich Sie

richtig verstanden habe, Herr Professor, haben Sie gesagt, in diesem Protokoll habe gestanden, daß der Bund bzw. die Gruppen, die diese Friedensdekade vorbereitet hatten, für den Buß- und Betttag ein Geläut für eine kurze Gebetsstille in beiden deutschen Staaten planten. Und dann haben Sie erklärt, die Amtsträger der Kirche hätten gesagt: Das kommt überhaupt nicht in Frage. So habe ich Sie verstanden. Das mag möglicherweise so im Protokoll stehen, aber da steht nicht der Grund drin. Der Grund war nämlich der, daß „Die Welt“ einen Artikel brachte mit der Schlagzeile „Läuten zum Friedensgebet oder zum Generalstreik“ und daraufhin haben wir es absetzen müssen. Das war es. Das steht natürlich nicht in so einem Protokoll. Das weiß ich ganz genau.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Jetzt die andere Frage von dem Feind, der 1978 umgedreht werden sollte mit Hilfe kirchlicher Schwestern und Brüder.

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Das wußte ich nicht. Daß ich so klassifiziert worden bin, das weiß ich. Ich höre hier zum ersten Mal, daß auch das MfS beteiligt war. Wir wußten nur, daß Stolpe die Verhandlungen im Auftrag des Bundes führt. Wer sich eingeschaltet hat, wußten wir nicht. Natürlich mußte solch ein Gespräch vorbereitet werden. Es war das erste Gespräch. Es mußte geklärt werden, worüber geredet wird. Wenn das gesagt worden ist: Wenn über Erziehung gesprochen wird, findet es nicht statt. Dann hätten wir es ausfallen lassen müssen. Ich wußte nichts davon. Ich wußte nur, daß wir uns unter den Teilnehmern abgesprochen haben, was jeder zu welchem Problemkreis spricht. Gar nicht, was er sagt, sondern „Du sprichst über Diakonie, du sprichst über das.“ Ich hatte den Punkt „Das Verhältnis der Staatsorgane zu den Bürgern“. Ich weiß noch, vielleicht haben Sie das gelesen, daß ich gesagt habe: Herr Staatsratsvorsitzender, ich nehme wahr, daß es in der DDR Verletzungen von Bürgern durch die Staatsorgane gibt. Ich habe ein Beispiel angeführt: Wenn ein junger Mann zu seinem todkranken Vater in die Bundesrepublik fahren will, bekommt er zur Auskunft: Sie fahren nicht, Ihr Vater stirbt auch ohne Sie. Ich weiß nicht, ob es dort protokolliert wurde, ich nehme es aber an. Ich sehe noch, wie die Genossen sich von den Plätzen erhoben. Ich wußte nicht, was das für eine Reaktion ist. Das konnte heißen: Dieser unverschämte Lummel, der wagt es, uns bei einem ersten Gespräch so einen Brocken hinzuhauen. Es konnte aber auch heißen, und das wird es geheißen haben: Das ist doch nicht möglich, das gibt es doch gar nicht. Soviel zu dieser Sache.

Ich hoffe, sie haben mich nicht umkrepeln können, denn von 1983 gibt es jedenfalls noch ein Dokument, in dem steht, daß Krusche ein Feind des Staates ist. Wie ich mich nie gefühlt habe übrigens – als Gegner schon, aber nicht als Feind. Daran hat sich auch nichts geändert, als ich Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitung geworden bin. Im übrigen lasse

ich mich auf Katalogisierungen der Staatssicherheit nicht ein, weder im guten noch im bösen. (Beifall) Es ist mir völlig egal, ob sie schreiben: Er war wunderbar oder er war sonst etwas. Ich lasse mich auf die Kategorisierung von Menschenverächtern grundsätzlich nicht ein.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ob Sie noch etwas zu Brüsewitz sagen?

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Das ist natürlich ein Abend für sich. Ich hoffe, Sie haben den Film „Der Störenfried“ gesehen. Er ist am Bußtag mindestens in sechs Kanälen im Fernsehen gekommen. Von einem westdeutschen Filmemacher – ein ausgezeichnete Film. Wenn Sie ihn noch nicht gesehen haben, sehen Sie sich diesen Film an, der einen Preis bekommen hat. Wie ein westdeutscher Mann sich in die Gedankenwelt der DDR-Bürger eingefühlt hat! Es war für mich unglaublich, wie man die DDR noch einmal vor sich hatte. Es hat ein Politbüromitglied, Herr Hüttner, die Haltung der Kirchenleitung und der Kirchenprovinz Sachsen mit drei Stichworten richtig charakterisiert:

1. Die Kirchenleitung war zuerst schockiert. Das kann man uns wahrlich nicht übelnehmen. Der Feuertod von Brüsewitz war der erste Fall seit Beginn der Christenheit, seit 2.000 Jahren, daß einer selbst das Martyrium auf sich nahm. Das hat es vorher nicht gegeben. Die ganze Alte Kirche hat vor dem Suchen des Martyriums gewarnt. Daß man da schockiert war: „Wie ordnet man eigentlich solch einen Fall ein, Selbstmord?“ Daß es da keine schnelle Stellungnahme gab, ist nicht verwunderlich.
2. Das nächste Stichwort ist: Sie hat laviert. Das ist wohl so gewesen. Wir hatten keinerlei Erfahrung mit westdeutschen Presseleuten. Die waren erst gekommen, so daß man sehr vorsichtig war mit dem, was sie da machen würden. Das wäre auch ein Thema „Wie hat sich die westdeutsche Presse auf die Entscheidungen des Bundes ausgewirkt?“ (Beifall)
Ambivalent würde ich sagen – es war auf der einen Seite nötig, auf der anderen Seite hat sie uns in eine fatale Situation gebracht, daß wir dauernd als die Zulieferer von Munition im Kalten Krieg erschienen.
3. Sie hat sich gegen uns gestellt. Ich habe auf der Synode der Kirchenprovinz Sachsen abschließend Stellung genommen. Wir haben dazu eigens in den Dom eingeladen. Das hat man sehr übel genommen. Es kamen ca. 600 Leute. Da habe ich aus den Briefen vorgelesen, die uns zugekommen waren – sehr kritische Briefe gegen die Kirchenleitung. „Schleimscheißer“ und „Bastarde“, ich habe alles vorgelesen, was die gesagt haben. Das wurde übelstgenommen. Ich mußte dann zum Rat des Bezirkes kommen. Da gibt es drei verschiedene Dokumente. Eins, das wir geschrieben haben, ein Gedächtnisprotokoll; eins, das der Staat geschrieben hat, und ein mitgelaufenes Tonband. Nun kann man einmal die drei vergleichen. Das ist eine schöne Aufgabe für historisch-kritische Forscher. (Heiterkeit)

Ich denke, wir haben an diesem Punkt ein gutes Gewissen. Wir haben uns von diesem Bruder nie distanziert. Mein Stellvertreter, der die Beerdigungsrede gehalten hat, hat ausdrücklich gesagt: „Wir distanzieren uns von dem Menschen Oskar Brüsewitz nicht!“ Das war das letzte Wort. Aber wir mußten uns wehren. Ich wurde in der westlichen Presse als Mitarbeiter der Stasi benannt, weil ich protestiert hatte gegen das „Brüsewitz-Zentrum“, in dem ich tatsächlich eine Institution des Kalten Krieges sah, wo man den Tod eines Pfarrers vermarktete und als Munition im Kalten Krieg gebrauchte. Das hat man mir sehr übelgenommen. Ich hatte Frau Brüsewitz vorher gefragt, ob sie einverstanden sei mit dieser Namensnennung. Sie hat gesagt: Nein, und hat das biblisch begründet. Sie war eine fromme Frau. Sie habe gerade die Geschichte vom „Turmbau zu Babel“ gelesen und da heißt es: „Sie wollten sich einen Namen machen.“ Und da hat sie mir gesagt: „Sie wollen nicht meinem Mann einen Namen machen, sondern mit dem Namen meines Mannes wollen sie sich einen Namen machen.“ Und genau das war es. Es gibt im 1 Kor. 13 eine Stelle von der Liebe. Da heißt es: „Und wenn ich meinen Leib verbrennen ließe und hätte die Liebe nicht, so wäre es mir nicht nütze.“ Und die Frage war: War das ein Fanal gegen die Kommunisten, dann war es gegen die Liebe, oder war es ein Signal, das aufmerksam machte auf Mißverhältnisse im Staat und auf eine Kirche, die nach seiner Meinung zumindest in der Gefahr war, zu leise zu reden? Das war es ganz zweifellos. Ich habe es immer, weil das evangelisch ist, nicht als Anklage gegen den Staat, sondern als Anfrage an uns interpretiert. Seid Ihr noch die Kirche des Herrn, der gesagt hat: „Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, und was wollte ich lieber, daß es schon brennt.“ Warum seid Ihr so kalt? Warum brennt Ihr so wenig? Warum läßt es Euch kalt, wenn Eure Kinder nicht mehr zur Christenlehre kommen? Das waren unsere Fragen.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, wenn Sie noch auf die Frage von Frau Dr. Wilms nach der Gemeindegearbeit antworten, dann würde ich Bruder Leich das Schlußwort geben mit der konkreten Frage von Herrn Wilke an Sie nach dem Prozeß der Implosion und dem Gespräch mit Krenz damals. Dann würde ich Ihnen gern noch die Frage von Herrn Weber geben nach dem verbesserlichen Sozialismus. Ist das diskutiert worden? Wie ist das diskutiert worden? Aber dies alles in der gebotenen Kürze. Wollten Sie noch eine Ergänzungsfrage stellen? Nein. Herr Steinlein, antworten Sie doch jetzt bitte auf die Frage von Frau Dr. Wilms nach der Gemeindegearbeit.

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Wir reden dauernd über die Unterschiede zwischen Ost und West. Es gibt erfreulicherweise auch viele Dinge, die sich ähneln in Ost und West, und dazu gehört das Leben einer normalen christlichen Gemeinde. Es gibt da keine fundamentalen Unterschiede, nur daß wir etwas eingeschränkt waren, was die Öffentlichkeitsarbeit der

Kirche anbetrifft. Wir mußten uns mehr auf die klassischen Formen kirchlicher Arbeit konzentrieren, was nicht immer unbedingt ein Nachteil zu sein braucht. Jedenfalls freuen wir uns darüber, daß es Gemeinsamkeiten immer noch gegeben hat, besonders im kirchlichen Raum. Hervorheben möchte ich die große Bedeutung der Partnerschaft und die Verbindungen zwischen den Gemeinden. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Herr Prof. Wilke, Sie haben mich auf das Gespräch angesprochen, das einen Tag nach der Amtsübernahme von Egon Krenz stattgefunden hat. Sie haben wahrscheinlich die Akten des Politbüros gelesen. Es gibt auch eine Aktennotiz von Oberkirchenrat Ziegler, der ein sehr guter Stenograf ist und das Gespräch mitstenografiert hat. Das nur als Hinweis. Ich will zunächst sagen, daß man das Gespräch in einem Zusammenhang sehen muß. Es war gar nicht mit Egon Krenz geplant, sondern mit Erich Honecker. Es entsprang unserer Sorge, daß in der DDR bürgerkriegsähnliche Zustände ausbrechen könnten, wenn das Politbüro und die Staatsführung nicht endlich auf die Forderungen eingehen, die von allen Seiten kamen. Eine der wichtigsten und klarsten Forderungen war im Herbst 1989 von der Synode des Bundes ausgesprochen worden. Da ist ganz unverblümt gesagt worden, die DDR müsse sich zu einer pluralistischen Demokratie verändern, und es müsse freie Wahlen geben. Das ist als Kanzelabkündigung von allen Kanzeln verlesen worden. Am Samstag, bevor diese Kanzelabkündigung verlesen werden sollte, ist der Staatssekretär für Kirchenfragen, Löffler, nachts in Berlin aufgebrochen, um mich in Eisenach zu besuchen und zu beschwören, ich möchte diese Kanzelabkündigung zurücknehmen. Sie ist verlesen worden. Nur, als wir uns verabschiedeten, und wie das so ist, man möchte nicht in äußerster Spannung auseinandergehen, sagte ich zum Staatssekretär: „Möglicherweise begegnen wir uns einmal wieder in einer Situation, die weniger angespannt ist.“ Seine Antwort war: „Wenn es dann überhaupt noch eine evangelische Kirche gibt.“ Das war damals die Situation.

Nun zu diesem Gespräch: Nach meiner Erinnerung hat das Gespräch selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt stattgefunden, es müßten in der DDR entscheidende Veränderungen geschehen. Ich habe damals noch nicht ahnen können, daß der mächtige Ostblock die DDR freigeben wird. Übrigens einen Monat später, und das war ein Monat, in dem sich die Ereignisse überschlagen haben, hat Helmut Kohl gerade von einer Konföderation der beiden deutschen Staaten sprechen können. Natürlich, einer Kirche kann man prophetische Qualität abfordern, aber ich habe das damals nicht gewußt. Wir wollten in der Tat um der Menschen in der DDR willen entscheidende Verbesserungen haben. Das Gespräch hatte drei äußerst kritische Sachpunkte:

Punkt 1: Es darf nach den Demonstrationen und öffentlichen Protesten der

Bürger kein Zurück geben, wie wir das nach dem Arbeiteraufstand in der DDR erlebt hatten. Jetzt muß etwas geschehen.

Punkt 2: Egon Krenz war im Politbüro verantwortlich für den Staatssicherheitsdienst. Wir hatten eine ganze Reihe von Dokumentationen über Mißhandlungen von Demonstranten durch den Staatssicherheitsdienst bei den friedlichen Demonstrationen. Wir hatten uns vorgenommen, dies Egon Krenz vorzuhalten mit den Dokumentationen, die wir dazu aus den Gemeinden hatten. Das war äußerst bedrängend. Er hat gesagt, er müsse sich kündigt machen. Er wisse nichts davon.

Punkt 3: Das waren die Kommunal- und Kreistagswahlen in der DDR vom Mai. Da hatten nämlich wache kirchliche Gruppen die Auszählung der Stimmen beobachtet und sich Notizen gemacht. Wir hatten solche Protokolle aus verschiedenen Städten der DDR. Und selbst unter dem völlig undemokratischen, totalitären Zustand der damaligen Wahl hatten die Beobachter festgestellt, daß das amtliche Wahlergebnis überhaupt nicht mit den Auszählungen, die beobachtet worden sind, übereinstimmen kann. Das haben wir Egon Krenz vorgehalten. Er war der oberste Wahlleiter der DDR in der damaligen Zeit. Das war ein äußerst hartes Gespräch. Ich habe überhaupt keine Erinnerungen, daß da von „Wiedervereinigungsgequatsche“ geredet worden ist. Uns ging es darum, daß es jetzt Verbesserungen geben muß, oder es kommt zum Bürgerkrieg.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielleicht noch zu Prof. Webers Frage zum verbesserlichen Sozialismus. Es muß aber jetzt nicht sein.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte dazu anmerken, daß das noch eine milde Formel gewesen ist. Die Synode in Dessau 1988 oder 1987 hat von einem „Sozialismus mit menschlichem Angesicht“ gesprochen, den wir brauchten. Das hat einen Mordsaufstand gegeben. Der Staatssekretär für Kirchenfragen bestürmte uns, wir sollten doch wenigstens sagen „mit einem menschlicheren Angesicht“ und nicht dokumentieren, daß es überhaupt kein menschliches Angesicht gibt. Auf dem Kampfgruppenappell, bei dem Erich Honecker immer eine Rede hielt, hat er dann von dem „verantwortungslosen Gefasel“ kirchlicher Leute, von einem „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ gesprochen. Da war die Konfrontation schon vollkommen im Gang, seit Anfang 1988.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Wir sind am Ende unserer Podiumsdiskussion. Wir sind am Ende dieses Tages. Ein Diskussionsleiter macht sich immer schuldig. Heute Abend habe ich mich schuldig gemacht gegenüber Bruder Hamel. Er hatte sich ziemlich zeitig zu Wort gemeldet und gesagt, er wolle auch noch etwas sagen. Ich fürchte seinen Zorn. Ich habe aber gedacht, es sei vielleicht doch jetzt sinnvoller, dieses Podiumsgespräch hier zu führen, und auch die Fragen der Mitarbeiter

und Mitglieder der Enquete-Kommission zu hören. Der Vorsitzende, Rainer Eppelmann, hat heute früh in seiner Rede gesagt: „Wir müssen nach den Verstrickungen fragen, die die Stasi in die Kirche hinein aufbaute. Wieviel Vertrauen ist da mißbraucht worden von einzelnen? Wie gehen die Kirchen mit dieser Vergangenheit um? Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben“, so hat er gesagt, „daß die Kirchen auch hier Wege aufzuzeigen vermögen, die aus einer schwierigen und manchmal auch dunklen Vergangenheit in die Zukunft führen können.“ Das ist ein bißchen auch das Interesse dieser Anhörung, die morgen noch weitergeht. Wir wollen uns morgen mit dem sehr schwierigen, aber auch spannenden Thema beschäftigen „Die Kirche und die Gruppen“. Dazu wollen wir zwei Vorträge hören und dann wiederum eine Podiumsdiskussion. Wir wollen am 21. Januar 1994 in Bonn eine zweite Anhörung zum Thema „Kirche“ haben. Die beschäftigt sich besonders mit dem Verhältnis der EKID und des Bundes zueinander. Da wird die katholische Kirche miteingeladen, und aus der Sicht der katholische Kirche werden wichtige Fragen des Ost-West-Verhältnisses thematisiert. Wir werden, dazu möchte ich Sie sehr herzlich einladen, am 8. und 9. Februar 1994 in der Drei-Königs-Kirche in Dresden eine öffentliche Anhörung zum Thema „Kirche“ durchführen, wo all diejenigen zu Wort kommen, die heute nicht zu Wort gekommen sind. Heute war es die konzeptionelle Ebene, und da soll es gehen um die Frage „Kirche vor Ort: Wie haben Gemeindeglieder, wie haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Kirche erlebt?“ So daß da alle, die zu Worte kommen, die heute vielleicht innerlich ein bißchen ungehalten sind, und sagen: Nun fahren sie da so viele prominente Leute auf, aber wo ist unsere Stimme zu hören? Die wird am 8. und 9. Februar 1994 in Dresden zu hören sein. Ich danke Ihnen allen, daß Sie gekommen sind. Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie uns treulich zur Seite gestanden und offen geredet haben. (Beifall)